

<http://www.counterpunch.org/2014/11/07/revolution-in-the-united-states/>

07.11.2014

Übersetzung: Eulenspargel

Um der Welt willen! Revolution in den USA

[Original: For the World's Sake: Revolution in the United States]

von GARRY LEECH

Wie kann es sein, daß so wenige das Leben so vieler diktieren? Dabei meine ich nicht die 1 Prozent und die 99 Prozent. Ich rede von den Wählerschaften in den USA und seinen Lakaien Kanada und Großbritannien. Und die Milliarden Menschen auf diesem Globus, welche die Auswirkungen der Entscheidungen der gewählten Repräsentanten in diesen reichen Nationen in ihren Leben unmittelbar spüren, besitzen keine Stimme. Von einer Demokratie ist das US-Imperium weit entfernt. Es ist autoritär! Es ist imperialistisch! Es ist ungerecht! Und es verlangt nach einer Revolution.

In der Präsidentenwahl von 2012 wählten 121 Millionen Amerikaner, was 57 Prozent der Wahlberechtigten entspricht. Diese Wählerquote stellt keine signifikante Mehrheit dar, verleiht dem politischen System der USA jedoch Legitimität in den Augen vieler Amerikaner.

Aber die von den gewählten US-Repräsentanten getroffenen politischen Entscheidungen reichen weit über die Grenzen jener Nation. Mittels ihrer Auswärtigen Politik und ihrer dominanten Rolle in internationalen Institutionen, wie der UN Sicherheitsrat, die NATO, der Weltwährungsfonds (IWF), und die Weltbank beeinflusst die USA das Leben von praktisch jedem Einzelnen auf dem Planeten. Mit anderen Worten, die Wahlpräferenzen von 121 Millionen Amerikaner treffen das Leben von Milliarden Menschen auf dieser Welt. Wie kann man das als demokratisch bezeichnen?

Nationale Grenzen werden wiederholt dezimiert, damit Unternehmen ihr Kapital und ihre Gewinne frei durch die Welt bewegen können, um die Vorteile billiger Arbeitskräfte und natürlicher Ressourcen zu genießen, besonders im globalen Süden. Aber während sich die Wirtschaft zunehmend globalisiert, verharrt die Demokratie weiterhin innerhalb der Grenzen des Nationalstaates.

Aber die Nationen sind nicht gleich. Die USA hat die Rolle geerbt, welche die Europäischen Kolonialstaaten seit Jahrhunderten inne hatten. Und wie jene Mächte im alten Kolonialsystem, übt die USA im heutigen Imperialismus eine unverhältnismäßig große politische, wirtschaftliche und militärische Macht aus. Das Ergebnis dieser Dominanz ist, daß 121 Millionen Amerikanische Wähler alle vier Jahre das Schicksal von Milliarden in ihren Händen halten.

Nur, daß zu den Wahlen, von den Köpfen der meisten US-Wähler nichts entfernter liegt als das Schicksal der Weltbevölkerung. In ihren Köpfen geht es um ihre unmittelbaren Bedürfnisse, wie Arbeit, Steuer, Sicherheit und die sonstigen Belange ihres täglichen Lebens. Sie befassen sich nicht damit - oder erkennen nicht - wie die politische, wirtschaftliche und militärische Politik, die von ihrer gewählten Regierung ausgeübt wird, viele Menschen um die Welt herum negativ beeinflusst. Daher ist die Chance, daß Amerikaner gegen ihre empfundenen Eigeninteressen zugunsten der Mehrheit der Weltbevölkerung stimmen würden, verschwindend gering.

Was aber passiert, wenn jene Menschen, die von der US-Politik negativ betroffen sind, die Sache in ihren eigenen Händen nehmen, und das undemokratische imperialistische US-Modell herausfordern? Um den Status quo zu verteidigen, reagiert Washington unweigerlich mit Mitteln der

Gewalt. Deswegen glauben so viele Leute auf der Welt, daß die USA keine Macht des Guten ist. In der Tat, einer in 2013 in 68 Ländern durchgeführte WIN/Gallup-Umfrage zufolge, wurde die USA von der überwältigenden Mehrheit als die größte Bedrohung zum Weltfrieden betrachtet - wie in jedem Jahr in dem diese Umfrage durchgeführt wurde.

Das Amerikanische Imperium

Washingtons globale politische Dominanz drückt sich aus durch die militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die verbündeten Regierungen angeboten wird, egal wie korrupt, undemokratisch und gewalttätig diese sein mögen, um US-Interessen zu verteidigen. Diese Interessen bestehen im Wesentlichen in der Ermöglichung von Gewinnmitnahme-Aktivitäten multinationaler Konzerne, und die Aufrechterhaltung des Verbraucher-Lebensstils, den viele Amerikaner genießen.

Die Priorisierung von Unternehmensgewinne und Konsum in den reichen Ländern hat für viele auf der Welt verheerende Auswirkungen gehabt. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO, über 10 Millionen Menschen sterben jährlich in Lateinamerika, Afrika und Asien weil sie keinen Zugang zu adäquater Gesundheitsfürsorge und Medizin haben. Das ist die direkte Konsequenz des kapitalistischen systems, welches Gewinn über alles andere maximiert.

Zum Beispiel, für die Pharma-Industrie ist die Beschäftigung mit 'lifestyle' Präparaten, womit Probleme wie Haarlosigkeit und andere nicht-lebensbedrohliche Zustände für Kunden in den reichen Ländern angesprochen werden, die sich solche Präparate leisten können, profitabler als die Produktion lebensnotwendiger Medizin für die Armen, die keinen lukrativen Markt darstellen. Die unweigerliche Konsequenz ist struktureller Genozid; eine Tragödie, wie sie die Ebola-Epidemie in West Afrika verdeutlicht hat.

Sollten Regierungen an die Macht kommen, welche US-Interessen herausfordern, dann antwortet Washington unweigerlich mit Wirtschaftssanktionen, Unterstützung für einen militärischen Putsch, und, falls erforderlich, direkte militärische Intervention. Die Sicherung des kapitalistischen Modells als das weltweit dominante Gesellschaftsmodell ist das Ziel. Damit dieses Modell als legitim akzeptiert wird, ist es entscheidend, daß die Bevölkerungen rund um die Welt die Westlichen liberalen Werte verinnerlichen. Das ist der Grund, weshalb die anhaltenden US militärischen Interventionen in der Islamischen Welt, trotz der Rhetorik aus dem Weißen Haus, einen Krieg gegen dem Islam sind. Die Akzeptanz der Westlichen liberalen Werte ist für das Fortbestehen von Kapitalismus wesentlich. Und viele dieser individualistischen Werte widersprechen einige der kollektivistischen Werte des Islam.

Die anhaltenden militärischen Interventionen im Nahen Osten und in Zentralasien sind eine Fortführung des Ausbaus weltumspannender Imperien, das in 1492 begann, nachdem Christoph Kolumbus Amerika 'entdeckte'. Die Werte und die kulturellen Praktiken der indigenen Völker Amerikas waren mit den liberalen und den in Europa vorherrschenden christlichen religiösen Werten nicht vereinbar, insbesondere nicht mit den Gedanken der Aufklärung, die den philosophischen Grundstein für den Kapitalismus bildeten. Infolgedessen wurden jene indigenen Völker die gegen das Aufzwingen Europäischer Werte Widerstand leisteten - sowie viele, die es nicht taten - abgeschlachtet.

Viele der Überlebenden wurden in Reservaten interniert, und von Generation zu Generation einer Zwangsangpassung durch ein eurozentrisches Bildungssystem unterzogen. In gleicher Weise oktroyierte der Europäische Kolonialismus die liberalen Ideen und die christliche Religion auf Völker in Afrika und Asien, um bei ihnen die Westlichen Werte einzuprägen, damit das Kapitalistische System, welches das Kolonialisierungsprojekt antrieb, fest verankert wurde.

Neuere Versuche diesen imperialistischen Prozess herauszufordern wurden gleichsam mit Gewalt begegnet. Die USA haben nahezu alle Regierungen gestürzt, die ihre Hegemonie streitig machten. Eine unvollständige Liste der Länder deren Regierungen durch US-unterstützte Staatsstriche oder militärische Interventionen in den letzten Jahrzehnten gestürzt wurden, beinhaltet Iran (1953), Guatemala (1954), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Indonesien (1965), Chile (1973), Argentinien (1976), Haiti (1991 und 2004), Afghanistan (2001), Irak (2003), Honduras (2009), und Libyen (2011). Einige dieser Regierungen waren in freien und fairen Wahlen demokratisch gewählt.

Manche Regierungen, die sich erdreisteten die US-Hegemonie herauszufordern, brachten es gegen enorme Widerstände fertig zu überleben, trotz aller Versuche sie zu stürzen. In 1961 schlug Kuba die Schweinebucht-Invasion zurück, und hat eine von den USA auferlegte inhumane Wirtschaftsblockade über ein halbes Jahrhundert durchgestanden. Vor kurzem verurteilte die Generalversammlung der UN überwältigend zum 23. Mal diese Blockade, indem 188 Länder ihr Ende verlangten, und lediglich zwei - die USA und Israel - gegen die Resolution stimmten. Gleichermäßen überlebte Venezuela einen US-gestützten Putschversuch gegen Präsident Hugo Chávez in 2002, und wird routinemäßig durch politische Entscheidungsträger der USA dämonisiert.

Radikalisierung des Islam

Auch in der Islamischen Welt war der US-Militarismus bestrebt jene herauszufordern, die Widerstand leisteten gegen die Aufnahme der Westlichen liberalen Werte, so notwendig für die kapitalistische Globalisierung. Vor fünfzig Jahren gab es keine bekannten extremistischen Islamischen Gruppen. Die neuzeitliche Entwicklung des Extremismus kann man auf den US-gestützten Sturz des populären, moderaten und weitgehend sekulären Premierministers Mohamad Mossadegh in 1953 zurückführen, nachdem dieser die Ölindustrie verstaatlichte. Der Schah wurde als Herrscher des Iran wieder eingeführt, und öffnete das Land sofort wieder den Westlichen Ölfirmen, während seine US-ausgebildete Geheimpolizei jeglichen Dissens brutal unterdrückte.

Unter dem despotischen Regime des US-gestützten Schahs wurde die Westliche Kultur in Iran alltäglich durch die Anwesenheit so vieler Arbeiter von US und Britischen Ölfirmen. Im Lauf dieser Zeit rutschten immer mehr Iraner in die Armut, während vor ihren Augen der Schah und die Westlichen Ölarbeiter mit dem Ressourcenreichtum des Landes paradierte. Die, unter diesen Umständen wachsende Unzufriedenheit bot unter der Bevölkerung einen idealen Nährboden für Islamistische Fundamentalisten. Bis eine Mehrzahl der Iraner in 1979 die Fundamentale Islamische Revolution unterstützte, die das korrupte und brutale Regime des Schah stürzte.

In den folgenden Jahrzehnten, bewirkte Washingtons Unterstützung korrupter Regime dieser Region, die Westliche Interessen dienen - insbesondere im Hinblick auf den steten Fluß von Öl - weitere Radikalisierung in der Islamischen Welt. In den 1980ern spendierte die USA den Rebellen der Mudschaheddin, die in Afghanistan gegen die Sowjetunion kämpften über \$4 Milliarden in militärischer und wirtschaftlicher Hilfe. Einer dieser von den USA unterstützten Mudschaheddin Rebellen war Osama bin Laden, der, nach Abzug der Sowjetischen Invasoren aus der Islamischen Welt, al-Quaida gründete, und sich auf den neuesten Westlichen Eindringling umfokussierte als die USA 1991 in Saudi Arabien anfang Militärbasen zu bauen. Die zahlreichen US-Militärinterventionen in der Region seit 1991, und Washingtons bedingungslose Unterstützung für Israel haben das Feuer des Extremismus nur weiter angeheizt.

Es ist klar, daß die US-Militärintervention im Mittleren Osten nicht durch Demokratie und Menschenrechte motiviert ist. Wäre die US-Außenpolitik in irgendeiner Weise von solch noblen Prinzipien motiviert, dann hätte Washington schon lange her die rücksichtslose Diktatur seines

engsten Verbündeten Saudi Arabien gestürzt, und der Region von seinen anderen autoritären Freunden befreit. Und in Betracht der Tatsache, daß die Saudi-Regierung routinemäßig ihre eigenen Staatsbürger köpft - in Juli und August waren es 19 - spricht es Bände über die Menschenrechte, als Obama entschied, das US-Militär zu verpflichten Seite-an-Seite mit den Saudischen Köpfen gegen die Köpfer des Islamischen Staates kämpfen zu lassen. Offensichtlich ist es nicht das Köpfen als solches, das 'böse' ist, vielmehr ist es das Köpfen Westlicher Bürger mit dem Ziel US-Wirtschaftsinteressen zu schädigen.

Beim Ansprechen der Bedürfnisse von Muslimen führte das Versagen moderater und eher sekulärer Gruppierungen zum Entstehen radikalerer Organisationen, wie die Hisbollah, die Hamas, die Taliban, al-Quaida, und jetzt der Islamische Staat. Kurz gesagt, wir erleben eine Radikalisierung auf einer regionalen Ebene, ähnlich wie die auf nationaler Ebene in Iran nach der US-Intervention in jenem Land, mit der Unterstützung für das brutale Regime des Schah.

Washingtons imperialistische Politik hat die Interessen Westlicher Ölfirmen und Westliche Wirtschaften vor den Interessen der Islamischen Völker gesetzt. Nicht überraschenderweise hat dies zu einer Radikalisierung der wachsenden Opposition gegenüber den militärischen, politischen und wirtschaftlichen US-Interventionen in der Islamischen Welt geführt. Die Antwort der USA auf diese Radikalisierung war nicht etwa eine Neubewertung seiner imperialistischen Vorgehensweise in der Islamischen Welt, sondern die Intensivierung der bestehenden Vorgehensweise. Wie kann man die US-geführten militärischen Invasionen und Besetzungen Afghanistans und Iraks sonst erklären? In beiden Ländern war es das Ziel, die Westliche liberale Demokratie ein Islamisches Volk aufzudrängen, und die Ressourcen und Wirtschaften dieser Nationen in das globale kapitalistische System einzugliedern.

Trotz der wiederholten Rhetorik Westlicher Führer, daß eine militärische Intervention in der Region keinen Krieg gegen den Islam darstellt, ist es eben *doch* ein Krieg gegen den Islam. Es ist ein Krieg gegen jene Islamischen Werte, die die krasse und inhumane Gewinnnahme der multinationalen Konzerne und Investment Banken im Wege stehen. Es ist ein Krieg gegen jene kollektiven Werte und Glaubenssätze, die in Konflikt stehen mit der individualistischen und ausschweifenden Konsumkultur, welche sich im Kern des Westlichen Kapitalismus befindet. Es ist ein Krieg gegen jene Muslime, die enttäuscht sind von einem demokratischen Modell und Wirtschaftssystem welches sie machtlos und verarmt zurück läßt.

Die neoliberale Globalisierung hat nicht nur viele in der Islamischen Welt in Armut gelassen, sie hat ihnen auch keine sinnvolle politische Stimme über die Wahlurne gegeben. Wenn Muslime in Wahlen nach Westlichem Stil eine Islamische Partei an die Macht wählen, dann wird die neue Regierung sofort von den USA und seinen Verbündeten in die Zange genommen. In 2011 gingen Ägypter auf die Straßen im Zuge der Aufstände des Arabischen Frühling, um den Rücktritt des von den USA gestützten Diktators Hosni Mubarak samt Neuwahlen zu fordern. Im folgenden Jahr wählte eine Mehrzahl der Ägypter den Präsidentschaftskandidat, der die führende Islamische Organisation des Landes repräsentiert, die Muslim-Bruderschaft. Ein Jahr später drückten Washington und seine Verbündete gerne ein Auge zu, als das US-gestützte Ägyptische Militär die neue, demokratisch-gewählte Regierung stürzte.

Das war nicht das erste Mal, daß Westliche Mächte die Demokratie in der Islamischen Welt untergruben. In 1991, als nach der Parlamentswahl in Algerien heraus kam, daß die Islamische Heilsfront eine Zweidrittelmehrheit erzielen würde, trat das Militär ein und annullierte die Wahl, anstatt eine Islamische Partei an die Macht kommen zu lassen. Die USA und Frankreich unterstützten den Staatsstreich weil sie gegen die Etablierung einer Islamischen Regierung in Algerien waren, trotz der Tatsache, daß sie eine demokratische Legitimierung von der Mehrheit der Algerier hatte. Der Preis dieser Aufhebung des demokratischen Prozesses war ein Bürgerkrieg, der

im folgenden Jahrzehnt über 150.000 Menschenleben kostete.

Ähnlich war es in 2006, als die Palästinenser zugunsten der Islamischen Hamas Partei gegenüber der moderateren Fatah Partei stimmten. Erstere gewann 76 Sitze gegenüber 45, wodurch die Hamas die Regierung bildete. Die USA, Kanada, und die EU reagierten auf die Wahlergebnisse indem sie die Finanzierung der neuen Hamas-Regierung kappten, und Israel eine inhumane Blockade der Hamas Hochburg Gaza zu implementieren erlaubten. Diese Fälle geben Muslimen eine klare Botschaft: Akzeptiere Demokratie Westlichen Stils, aber wähle keine Islamische Partei. Ist es überraschend, daß eine wachsende Zahl von Muslimen enttäuscht sind über die Demokratie nach Westlichem Muster und ein globales Wirtschaftssystem, das primär Westlichen Interessen bedient?

Diese wachsende Enttäuschung hat sich jetzt in Form der neuen 'Bedrohung' manifestiert, die aus der US-Invasion und -Besetzung des Irak. Der Islamische Staat ist noch extremer als al-Quaida in seinen Bemühungen dem Westlichen Imperialismus zu widerstehen. Trotz dieser Wirklichkeit ist die Westliche Reaktion auf den Islamischen Staat, die früheren militärischen Interventionen im Mittleren Osten, die schon al-Quaida und nun den Islamischen Staat erst aufkommen ließen, einfach zu wiederholen.

Washington intensiviert seine militärische Intervention in der Islamischen Welt, eine Intervention, die bereits Tausende unschuldiger Zivilisten das Leben kostete. Genau genommen übersteigt die Anzahl unschuldiger Muslims, die durch US-Bomben starben jener Zahl Westlicher Bürger, die durch extremistische Islamische Gruppen getötet wurden. Die Geschichte suggeriert, auch wenn die USA und seine Verbündete den Islamischen Staat militärisch besiegen würden, die dabei unvermeidliche Tötung von Zivilisten durch Westliche Kräfte wird lediglich zum Aufkommen einer *noch* extremeren Gruppe führen.

Der eigentliche Grund weshalb die USA und seine Westlichen Verbündete den Islamischen Staat ins Visier genommen haben wird offensichtlich, wenn man diese Islamische Gruppe mit den Mexikanischen Drogenkartellen vergleicht. Die Mexikanischen Drogenkartelle stellen eine viel größere Gefahr von Gewalt gegen Zivilisten, inklusiv Amerikaner, dar als es der Islamische Staat tut. In 2013 haben sie über 16.000 Personen umgebracht, das sind beinahe doppelt so viele Tote wie im Irak-Krieg. Was von einer US-Perspektive eigentlich noch wesentlicher sein sollte: Über die letzten sechs Jahre wurden mehr als 300 US-Bürger von Mexikos Drogenkartelle getötet, weit mehr als vom Islamischen Staat.

Darüberhinaus haben die Kartelle ihre Opfer nicht bloß geköpft, sie zerstückelten ihre gesamten Körper. Sie ziehen auch Jugendliche heran im Alter schon ab elf Jahre, und zielen häufig auf Frauen und Kindern. Die Kartelle kontrollieren gewaltige Flächen im nördlichen Mexiko, und die Regierung ist ihnen gegenüber machtlos. Und dennoch führen wir keine Bombardierung des nördlichen Mexiko durch, um diese gewalttätige Gruppierungen zu zerschlagen. Weshalb nicht? Weil es weder die Menschenrechte noch das Gedeihen der Demokratie ist wodurch die US-Regierung zu Taten motiviert ist; Washington reagiert wenn es Bedrohungen zum kapitalistischen System wahrnimmt.

In Mexiko, stellen Gewaltakte der Drogenkartelle keine Beeinträchtigung der Kapazität multinationaler Konzerne Gewinne zu generieren mittels Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte des Landes und seine natürlichen Ressourcen dar. Die Drogenkartelle stören nicht das Freihandelsmodell, das im Fall Mexikos durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) gestaltet hat. Genau genommen benötigen Drogenschieber einen konstanten, ununterbrochenen Handelsfluß über die US-Mexikanische Grenze für den Transport ihres Produkts. In kurz, im Gegensatz zum Islamischen Staat, sind Mexikos Drogenkartelle keine Herausforderung für die Westlichen liberalen Werte und das kapitalistische Wirtschaftsmodell welche die USA

fördert.

Schlußfolgerung

Der Westliche Imperialismus hat den größten Teil einer Zeitspanne von fünfhundert Jahren mit dem Bemühen verbracht, die Westlichen Werte den Völkern rund um die Welt aufzubürden. Diese Menschen hatten nie eine sinnvolle Mitsprachegelegenheit über die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Regeln, die ihnen aufgedrängt wurden. Imperialismus ist per Definition undemokratisch. Während die Politik der US-Regierung Milliarden von Menschen weltweit beeinflussen, besitzt lediglich ein winziger Prozentsatz der globalen Bevölkerung eine Stimme bei der Wahl dieser Regierung. Und die überragende Mehrheit der 121 Millionen Amerikaner, die ihre Stimme abgeben, befassen sich so gut wie gar nicht damit, welche Auswirkungen ihre Wahl für die Muslime im Mittleren Osten, für die indigenen Völker in Lateinamerika, und für die Milliarden anderen Menschen in Afrika und Asien haben werden. Die Stimmen der US-Wähler sind bestimmt primär durch ihre unmittelbar wahrgenommenen, lokalen Bedürfnisse, was nicht bloß der US-Demokratie, sondern auch dem US-Imperialismus einen Hauch von Legitimität verleiht.

Daher ist es außerordentlich unwahrscheinlich, daß im imperialistischen Herzen in naher Zukunft eine Revolution stattfinden wird. Viel eher käme sie in den äußeren Regionen des US-Weltimperiums zustande. In der Tat, in verschiedenen Ausprägungen gibt es bereits Entwicklungen in dieser Richtung, von den indigenen Autonomie-Bewegungen in Lateinamerika bis hin zum extremen Islamistischen Fundamentalismus von Gruppierungen wie al-Qaida und der Islamische Staat im Mittleren Osten. Gegenwärtig besteht die große Mehrheit der Weltbevölkerunganteil welcher in Opposition zum US-Imperialismus steht, aus moderaten Menschen, die Autonomie suchen und eine sinnvolle Beteiligung in den wesentlichen Entscheidungen die für ihr Leben relevant sind. Wenn wir jedoch allen moderaten Widerstand gegen dem US-Imperialismus weiterhin zerdrücken, werden wir höchstwahrscheinlich die Sorte Extremismus weiter fördern, die sich heute im Mittleren Osten entwickelt hat.

Zum Wohl unserer Welt ist es entscheidend, daß eine Revolution stattfindet, die das US imperialistische System zu Fall bringt *bevor* der gewalttätige Extremismus welchen es anfeuert vollends ins globale Chaos führt. Und sollte das US-Imperium durch jene in seinem Kern nicht zerstört werden, dann müssen es die 'Untertanen' in den äußeren Regionen tun, jene, die Steuern spüren - nämlich durch die Ausbeutung ihrer billigen Arbeitskraft und ihrer natürlichen Ressourcen - jedoch keine politische Repräsentation haben. Denn, außer ihre Ketten haben diese nichts zu verlieren.

Garry Leech ist ein unabhängiger Journalist und Autor zahlreicher Bücher inklusive *Capitalism: A Structural Genocide* (Zed Books, 2012); *Beyond Bogota: Diary of a Drug War Journalist in Colombia* (Beacon Press, 2009); and *Crude Interventions: The United States Oil and the New World Disorder* (Zed Books, 2006). Er ist auch ein Dozent in der *Department of Political Science* an der *Cape Breton University* in *Canada*.
